

Tagesordnung Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 28. Oktober 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0119

Computer- und Internetsucht bekämpfen - Medienkompetenz stärken - Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 18.9.2008 -

Eine am 28.07.08 vorgestellte Untersuchung des Zentrums für empirische pädagogische Forschung der Universität Koblenz-Landau zeigt, dass 11,3% der zehn- bis zwanzigjährigen Befragten ein pathologisches Computerspielverhalten aufzeigen. Pathologische Computerspieler erleben in ihrer gegenwärtigen Lebenssituation ein höheres Maß an Überforderung, sie sind in verschiedenen Lebensbereichen deutlich unzufriedener, ihr Verhalten bewirkt negative Konsequenzen im schulischen und sozialen Bereich. Auch das Chatten oder die exzessive Suche nach Informationen im Internet birgt ein Suchtpotenzial.

Weitere mit der Nutzung des PCs verbundene Gefahren für Kinder und Jugendliche (die z.T. auch auf die Mobiltelefonnutzung zutreffen) sind die verborgenen Kostenfallen sowie die leichtfertige Freigabe von persönlichen Daten und Fotos im Internet.

Nach einhelliger Meinung von Fachleuten benötigen Angehörige und Bezugspersonen, die ihren Alltag mit den Betroffenen verbringen, die Spielsucht deshalb zuerst bemerken und somit frühzeitig und adäquat reagieren können, unbedingt umfangliche Informationen und Beratung in diesem Bereich.

Ziel von Präventionsmaßnahmen soll es sein, bei den Betroffenen Einsicht bezüglich des problematischen Umgangs zu erzeugen und den Willen zur Verhaltensänderung zu stärken. Langfristig soll ein Weg eines „gesunden“ Umgangs mit dem Medium gefunden und (wieder) erlernt werden.“

Vor diesem Hintergrund wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit Kooperationspartnern, ein Konzept zu entwickeln. Das Konzept soll insbesondere beinhalten:

1. Informationsveranstaltungen, fachspezifische Vorträge und individuelle Projektarbeit für Schulen und weitere Interessenten.
2. Fortbildung von Fachleuten aus unterschiedlichen Bereichen mit dem Ziel, das Beratungsangebot auszuweiten.
3. Entwurf und Herausgabe einer Informationsbroschüre, die einerseits gezielt auf Eltern und andererseits auf junge Menschen zugeschnitten ist.

Beschluss Nr. 0056

1. Der Antrag ist durch die heutige Aussprache erledigt.

2. Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass sich der Magistrat in Verbindung mit dem Suchthilfezentrum Wiesbaden an dem bundesweiten Wettbewerb zur kommunalen Suchtprävention beteiligen wird.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2008

Abt
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2008

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2008

Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister